

presse

Röttgen verweigert Bekenntnis zum Einspeisevorrang Erneuerbarer Energien

Zur heutigen Befragung der Bundesregierung zum Umweltbericht 2010 erklärt der stellvertretende energiepolitische Sprecher SPD-Bundestagsfraktion Dirk Becker:

Bundesumweltminister Röttgen hat in der heutigen Befragung der Bundesregierung zum Umweltbericht 2010 ein klares Bekenntnis zum Einspeisevorrang Erneuerbarer Energien verweigert.

Der Frage, ob es für die Förderung von Strom aus Photovoltaik eine zusätzliche Kürzung, möglicherweise sogar rückwirkend zum 1. Januar 2011, geben wird, wick der Minister aus. Ebenso wenig wollte er sich darauf festlegen, ob der sogenannte "atmende Deckel" in eine feste jährliche Zubauquote umgestaltet werden soll. Beides hatte der Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Fraktion Thomas Bareiß kürzlich in einem Brief an Röttgen und seine Fraktionskollegen vorgeschlagen. Röttgen ließ lediglich verlauten, dass sein Haus derzeit verschiedene Maßnahmen prüfe.

Ebenso ließ Röttgen offen, ob es im kommenden Jahr beim vereinbarten Fahrplan für die EEG Novelle 2012 bleibt oder ob bereits im Vorfeld ein Photovoltaik-Vorschaltgesetz verabschiedet werden wird.

Ohne Zweifel ist es für die Akzeptanz des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wichtig, die Belastung der Verbraucher durch die EEG-Umlage in Grenzen zu halten. Nach Vorlage des Erfahrungsberichtes zum EEG im Frühjahr 2011 ist es

dringend notwendig, eingehend über geeignete Maßnahmen zu beraten. Jegliche Gesetzesänderungen sollten jedoch - wie ursprünglich auch von der Bundesregierung beabsichtigt - im Rahmen der EEG-Novelle 2012 erfolgen und nicht in panischen Hauruck-Aktionen der schwarz-gelben Bundesregierung. Die jetzt von der CDU/CSU angefachte Diskussion über weitere Sonderkürzungen wird wie im vergangenen Sommer zu einer Marktüberhitzung führen und somit das Gegenteil von dem bewirken, was Schwarz-Gelb eigentlich will, nämlich die Photovoltaik ausbremsen.

Überlegungen in der CDU/CSU-Fraktion und vermutlich auch im Bundesumweltministerium, den Einspeisevorrang für Photovoltaik zu kippen, bestätigen unseren Verdacht, dass nur durch eine systematische Behinderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien die kürzlich beschlossenen Verlängerungen der Laufzeiten der Atomkraftwerke für die Energiekonzerne lohnenswert sind. Erneut betätigen sich Röttgen und Co. also als Handlanger der vier großen AKW-Betreiber.